

FreiBrief aus Berlin

Juli 2018



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Tage und Wochen waren vom Asylstreit zwischen CDU und CSU geprägt. Auch in unserer Bundestagsfraktion wurde intensiv diskutiert. Die am Montag erzielte Einigung in der Union ist sehr gut: Grenznahe, geschlossene Transitzentren, in denen in 48 Stunden über eine Einreiseberechtigung entschieden wird. Das ist der richtige Weg. Beide Seiten haben sich im Sinne der Sachfrage bewegt. Jetzt muss es an die Arbeit gehen. Denn: Nicht Absichtserklärungen zählen, sondern nur Ergebnisse!

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet. Wir zeigen damit Handlungsfähigkeit und bleiben unserem Grundsatz, keine neuen Schulden zu machen, treu. Die Investitionen werden gegenüber 2017 um rund 6 Mrd. Euro auf 39,8 Mrd. Euro erhöht. Die Investitionsquote liegt damit bei rund 11,6 Prozent der Gesamtausgaben und konnte gegenüber 2017 um satte 1,1 Prozent nochmals erhöht werden. Der Haushalt markiert damit den erfolgreichen Beginn der Umsetzung einiger prioritärer Maßnahmen des Koalitionsvertrages. Zu diesen Maßnahmen gehören beispielsweise Mittelzuführungen an den „Digitalfonds“ zur Finanzierung des Breitbandausbaus und der digitalen Infrastruktur in Schulen sowie die Einführung des Baukindergeldes. Des Weiteren stärken wir die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden und bringen den im Koalitionsvertrag verankerten „Pakt für den Rechtsstaat“ auf den Weg.

Herzlichst

Thorsten Frei redet zur Asyl- und Europapolitik im Deutschen Bundestag



Noch vor dem ergebnisreichen EU-Gipfel in Brüssel und nach der mühevollen Seefahrt des Schiffs „Life-line“ im Mittelmeer waren die Themen Flüchtlinge und Asyl in den Debatten des Deutschen Bundestags besonders präsent. Ich hatte mehrere Male das Vergnügen zu diesen Themen für meine Fraktion Stellung zu beziehen und im Parlament reden zu dürfen. Dabei unterstrich ich, wie wichtig es ist, dass wir zwischen Themen unterscheiden, die wir besser national und solchen, die wir nur gemeinsam lösen können. Das sind Fragen der Migrationspolitik sowie der Außen- und Verteidigungspolitik, Fragen des Grenzschutzes und der Terrorismusbekämpfung. Diesbezüglich haben wir in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen ergriffen und die ergriffenen Maßnahmen zeigen Früchte. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind etwa 40.000 Menschen vom afrikanischen Kontinent nach Europa gekommen. Das ist halb so viel wie letztes Jahr und nur 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2016. Gleichzeitig bleibt ein großes Problem, dass trotz der zurückgehenden Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer gekommen sind, die Zahl der Toten immer noch hoch ist: 850 Tote im Mittelmeer alleine in diesem Jahr. Deswegen muss die Konsequenz sein, dass wir alles unternehmen, damit die Menschen diesen gefährlichen Weg über das Mittelmeer nicht mehr nehmen. Dafür hat Deutschland viel Geld zur Verfügung gestellt, um Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen und natürlich auch den europäischen Grenzschutz zu verstärken. Wir möchten dafür sorgen, dass ihnen dort geholfen wird, wo sie leben. Denn die Migration vom afrikanischen Kontinent wird uns weiter beschäftigen. Darauf können und müssen wir uns einstellen. Schließlich wird sich die Bevölkerung Afrikas bis zur Mitte des Jahrhunderts verdoppelt haben. Schon heute sind weltweit 68,5 Millionen Menschen vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht. Im Gegensatz dazu müssen wir genauso

schauen, wo wir durch Subsidiarität bessere Lösungen entweder nationalstaatlich oder auf regionaler bzw. kommunaler Ebene erreichen. Ich glaube, dass diese Unterscheidung ganz wesentlich dafür ist, ob wir die Akzeptanz für Europa weiter erhalten und stärken können. Die Reden können Sie auf meinem YouTube-Kanal anschauen ([hier](#)).

Schüler aus dem Wahlkreis besuchen Thorsten Frei in Berlin



Die Schülerklassen aus St. Georgien und Donaueschingen der Robert-Gerwig-Schule, der Eichendorfschule und der Karl-Wacker-Schule kamen zu mir in nach Berlin, um über die Bundespolitik und meine Arbeit im Parlament zu reden. Dabei berichtete ich von der Zweiteilung meiner parlamentarischen Arbeit in Wahlkreis- und Bundestagswochen. Im Durchschnitt bin ich jede zweite Woche in Berlin. In der Folge erklärte ich den Schülern den Ablauf einer typischen Sitzungswoche im Bundestag, die üblicherweise nach ein und demselben eng getakteten Schema ablaufen. Für mich bedeutet dies Unterausschuss- und Landesgruppensitzungen am Montag, verschiedene fraktionsinterne Arbeitsgruppen und das Zusammentreffen der gesamten CDU/CSU-Fraktion mit den Bundesministern der Union und Angela Merkel als Bundeskanzlerin am Dienstag, Auswärtiger Ausschuss und Europaausschuss am Mittwoch sowie zahlreiche Debatten im Reichstag am Donnerstag und Freitag. Mit Blick auf aktuelle Themen stehen im Moment die Entwicklungen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die EU-Asylpolitik absolut im Fokus. Aber auch die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr sind voll im Gange. In Deutschland nehmen wir seit 2014 mehr Geld ein, als wir ausgeben. Somit tilgt Deutschland Schulden. Das ist ein hervorragendes Signal vor allem an die junge Generation. Nach meiner Einführung gibt es im Anschluss immer noch Zeit, damit mir die Schüler und Schülerinnen Fragen stellen können. Auf die Frage, ob ich mich in Berlin oder in Donaueschingen wohler fühle, beantwortete ich dies ganz klar mit Donaueschingen. Dort

lebt schließlich meine Familie. Die Arbeit im Deutschen Bundestag macht mir selbstverständlich auch sehr viel Spaß. Die Themen und Menschen, mit denen ich täglich ins Gespräch komme, sind sehr vielfältig und spannend.

NAFFO thematisiert die Rolle des Iran im Nahen Osten



Das Nahost Friedensforum (NAFFO) veranstaltete im Deutschen Bundestag ein Symposium, das den Rückzug der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran thematisierte. Experten und Abgeordnete des Deutschen Bundestages, wobei ich die Stimme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertrat, debattierten über die komplexe Situation vor Ort und die daraus resultierenden Implikationen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. In meinem Eingangsstatement betonte ich, dass sich die Erwartungen an das Abkommen nicht erfüllt hätten. Man hat sich Zeit erkaufte. Mehr aber nicht. Wenn man die Situation heute anschaut, dann erkennen wir, dass der Iran in allen Ländern so aggressiv auftritt wie nie zuvor. Wir müssen uns fragen, ob das Abkommen auch ohne die USA aufrechterhalten werden kann. Dabei müssen wir deutlich machen, welche Forderungen wir haben, und diese müssen wir konsequent vertreten. In jedem Fall muss Iran seine aggressive Außenpolitik aufgeben und verbal abrüsten. Wir müssen die von Iran ausgehende Gefahr für die Stabilität der Region eindämmen. Völlig irritierend ist, wie fordernd Teheran im Moment auftritt. Auf dieser Basis kann der Erhalt des Abkommens sicherlich nicht funktionieren. Insgesamt müssen wir uns mehr in der Region engagieren. Im Moment spielen wir lediglich eine beschämend schwache bzw. gar keine Rolle im Nahen Osten, obwohl wir den ganzen Schaden von dort bei uns in Europa aufräumen müssen. In der Zukunft wird das nicht mehr funktionieren, da die Rolle der Amerikaner dauerhaft eine andere sein wird. Wir müssen uns selbst vielmehr um die Entwicklungen in unserer Nachbarschaft kümmern.

Albanischer Staatspräsident lädt Thorsten Frei auf einen Kaffee ein



Ilir Meta, siebter albanischer Staatspräsident, war Mitte Juni zu einer Werbetour für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit seinem Land in Berlin. Zur Entscheidung über die weitere EU-Annäherung Albaniens durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen hat mich Präsident Meta zu einem ungezwungenen Gespräch ins Berliner Ritz Carlton eingeladen, um bei einem Kaffee für die Unterstützung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu werben. Als Albanien-Experte der Union bin ich regelmäßig in dem kleinen Adria-Anrainer und habe mich dort in der Vergangenheit bereits mit Ilir Meta, in seiner damaligen Rolle als Parlamentspräsident, getroffen. Im Gespräch betonte ich, dass ich große Fortschritte in Albanien sehe, aber auch noch viele Defizite. Ich bin mir der Signalwirkung bewusst, die ein positives Votum für die Menschen, insbesondere die junge Generation hätte. Deshalb gibt es innerhalb von CDU und CSU auch eine breite Unterstützung für Albanien in der Sache. Allerdings ist dieses mit einem „Aber“ verbunden. Dieses „Aber“ bezieht sich vor allem auf die erfolgreiche Implementierung beschlossener Reformen im Bereich von Justiz und Verwaltung sowie die effektive und nachhaltige Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität und eine Wahlrechtsreform. Wir beide waren uns einig, dass sich mit dem Beginn von Beitrittsgesprächen der Reformdruck durch eine zunehmende Dynamik erhöhen könnte. Diese Chance sollten beide Seiten trotz bestehender Schwierigkeiten ergreifen und gemeinsam nutzen.

Virtual Reality ist die Zukunft der Ausbildung

Martin Zimmermann, Inhaber und kreativer Kopf des St. George-Unternehmens Imsimity, kam in mein Berliner Büro, um über die neusten Entwicklungen zu



den Themen Virtual und Augmented Reality zu sprechen. Wir stehen seit einiger Zeit im engen Kontakt, um den sogenannten „Cyber Classroom“ als Bildungsinnovation „Made im Schwarzwald“ in der Breite bekannt zu machen und womöglich auch flächendeckend in den Unterricht einzuführen. Zimmermann berichtete von der Ausweitung der eigenen Geschäftstätigkeit, die sich nunmehr beispielsweise auch auf die Weiterbildung von Lehrern und Ausbildern konzentriert. Für mich ist es absolut notwendig, gute didaktische Konzepte zu entwickeln, die die neuen technischen Möglichkeiten mit den bewährten Methoden verknüpfen. Wir waren uns einig, dass der Bund bald einen Weg aufzeigen müsse, wie die längst angekündigten 5 Mrd. EUR für die technische Ausrüstung deutscher Schulen mit Tablets, schnellem Internet und sonstiger digitaler Infrastruktur möglichst schnell bei den Schulen ankommt. Ich finde es unhaltbar, dass im Hightech-Land Baden-Württemberg lediglich 11 % der Schüler innerhalb von 4 Wochen ein Tablet im Unterricht in der Hand halten, wie eine Untersuchung des Medienpädagogischen Forschungsverbands Südwest kürzlich ergeben hat. Angesichts einer Prognose der OECD, dass allein in Deutschland in den kommenden 15 bis 20 Jahren durch Roboter und Automatisierung im schlimmsten Falle bis zu 20 % der Jobs wegfallen könnten, sind die Sorgen und Ängste von Arbeitnehmern sehr nachvollziehbar. Wir müssen erreichen, dass wir die Betroffenen des digitalen Wandels zu Beteiligten machen. Wir müssen diesen tiefgreifenden Wandel gestalten und dürfen ihn nicht nur über uns hereinbrechen lassen. In keinem Fall dürfen wir die Deutungshoheit Chinesen, Indern oder Amerikanern überlassen. Deshalb müssen wir in der Politik stärker als bisher auf gute Rahmenbedingungen für Start-Ups, künstliche Intelligenz und den Einsatz von Wagniskapital setzen.

Man muss sich der Geschichte stellen



„Man muss sich der Geschichte stellen“, forderte ich in meinem Grußwort zum Vortragsabend der Alevitischen Gemeinde Villingen-Schwenningen im Franziskanermuseum in dessen Mittelpunkt der Vortrag „Der

Völkermord an den Armeniern“ von Prof. Taner Akcam stand. Akcam ist Professor für Geschichte an der Clark University in den USA und einer der ersten türkischen Akademiker, die den Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich thematisieren. Für die Aleviten, die den Islam sehr liberal auslegen und andere Religionen als gleichwertig betrachten, ist das Schicksal der Armenier ein wichtiges Thema, denn dieses ist eng mit ihrem verbunden: Zehntausende Aleviten starben bei Säuberungsaktionen in den Jahren 1937/38. Und heute klagen sie gegen Unterdrückung in der Türkei. Die Auseinandersetzung mit Verbrechen in der Geschichte ist für mich die Grundlage für Aussöhnung, Frieden und Stabilität in der Gegenwart und Zukunft.

Millionenprojekte in Hausach



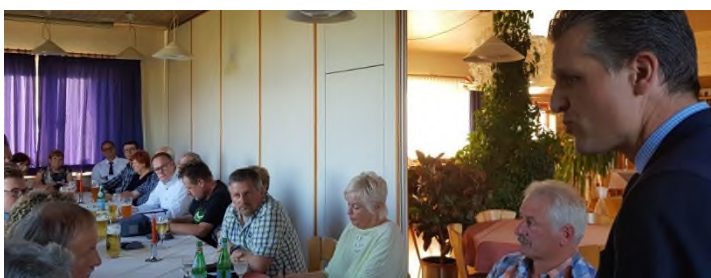
Erst ein halbes Jahr im Amt - und schon stehen für Hausachs neuen Bürgermeister Wolfgang Hermann bereits Millionenprojekte zur Realisierung an: das Kinzigtalbad, das für über 12 Millionen Euro und zu 75 Prozent in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden erneuert wird, sowie für rund 17 Millionen der Ausbau der gefragten Gemeinschaftsschule und des Gymnasiums. Auch der auf rund zehn Millionen Euro taxierte, aber derzeit nicht finanzierbare Glasfaserausbau für die Einwohner der Kerngemeinde und jene in den weit verzweigten Tälern der Kommune war Thema bei meinem Antrittsbesuch beim neuen Rathauschef, an dem auch Fraktionsvertreter und Amtsleiter teilnahmen. Auch für eine 5700-Einwohner-Stadt mit 3300 Arbeitsplätzen und entsprechenden Steuereinnahmen sind diese Investitionen, zu denen sich eigentlich noch der Breitbandausbau gesellen sollten, finanziell nicht zu alleine stemmen, weshalb ich auf die teils neuen Fördermöglichkeiten des Bundes verwies. Zuversichtlich äußerte ich mich auch in Bezug auf den Bau der B33-Umfahrung für das nahe, staugeplagte Haslach, denn für diese Straße wurde ein sehr hoher volkswirtschaftlicher Nutzen errechnet.

Prokids und Fight for your Life auf Immenhöfe-Reitturnier



Das Boxprojekt Fight for your life und die Stiftung ProKids aus Villingen-Schwenningen, die von mir als Schirmherr unterstützt werden, machen wieder gemeinsame Sache und Werbung für ihre Projekte. Sie erhalten dafür eine große Bühne: den Auftaktabend beim internationalen Reitturnier der Familie Frese auf den Immenhöfen bei Donaueschingen. Mit einer kleinen Showeinlage im Boxring mitten auf dem Parcours-Viereck werden ProKids und „Fight for your life“ am Donnerstag, 26. Juli, dem Sponsorenabend, auf das Box-Integrationsprojekt aufmerksam machen. Mit Joachim Spitz, ProKids-Stiftungsratsvorsitzender, und Fight for your Life-Initiator Oliver Vlcek werden wir dann Projekte und Ziele vorstellen.

Rede und Antwort beim CDU-Stadtverband Villingen-Schwenningen



Bei meiner Rede als Gast des Stadtverbands Villingen-Schwenningen ging es in erster Linie um den Streit in der Union um die Abweisung von Flüchtlingen an der Grenze, wenn sie bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben. Hier verteidigte ich meine zuvor in den Medien vertretene Haltung: Eine Rückweisung an der Grenze entspricht geltendem Recht nach dem Dublin-Abkommen. Ebenso bin ich für die geplanten Ankerzentren, weil wir in der Asylpolitik nicht die Ergebnisse haben, die wir brauchen. Ich betonte aber auch, dass sich das Land durch sprudelnde Steuereinnahmen in finanziell sehr guter Verfassung be-

findet und viele Projekte umsetzen kann. Abschließend appellierte ich an die über 20 anwesenden CDU-Mitglieder, sich neu oder weiterhin in der Kommunalpolitik zu engagieren und auch den OB-Kandidaten Jürgen Roth zu unterstützen, der am selben Abend seine Ziele für die Doppelstadt engagiert vorgestellt hat.

Duale Hochschule schreibt Erfolgsgeschichte weiter



Seit 1. April hat die Duale Hochschule in Villingen-Schwenningen mit Ulrich Kotthaus einen neuen Rektor. Vor wenigen Tagen ergab sich ein interessantes Gespräch mit dem neuen Leiter dieser erfolgreichen Einrichtung mit rund 2500 Studierenden und rund 950 Partnerunternehmen, die derzeit nur eine Sorge hat: die Finanzierung des Betriebs, denn diese halte mit dem enormen Zulauf nicht Schritt, meinte der neue Rektor. Für mich wäre wichtig, wenn die Duale Hochschule im Land weiter wachsen würde, sagte ich mit Blick auf den Fachkräftemangel in den Unternehmen, die ihren Angestellten das Studium finanzieren und auf einen Verbleib im Unternehmen nach dem Studienabschluss setzen. Ich sehe mich in dieser Haltung auch durch zwei Zahlen bestätigt: 30 Prozent der Studierenden kommen aus den Landkreisen Rottweil, Tuttlingen und Schwarzwald-Baar und somit aus hiesigen Unternehmen. Und über 85 Prozent betrage die Bleibequote bei den Unternehmen nach dem Studium, meinte Rektor Kotthaus.

Rede und Diskussion über Syrien bei CDU und JU in Ravensburg



Auf Einladung der Stadtverbände von CDU und Junger Union war ich zu spannenden außenpolitischen

Themen in Ravensburg eingeladen. Mehr als drei Dutzend Besucher - überwiegend junge Leute – wollten über die Lage in Syrien, die Auswirkungen auf Deutschland und Europa sowie Entwicklungschancen diskutieren. Ich habe deutlich gemacht, dass es gelte, in einer globalisierten Welt mehr Verantwortung zu übernehmen. Im Grunde ist es nicht akzeptabel, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten in diesem Konflikt im Grunde keine Rolle spielen. Nach dem faktischen Rückzug der USA aus der Region haben Russland und Iran das entstandene Vakuum genutzt und ausgefüllt. Die Konsequenzen dieser Politik tragen jedoch neben einer geschundenen syrischen Bevölkerung wir in Europa und vor allem Deutschland. Mehr als 700 000 Syrer sind allein nach Deutschland geflohen. In diesem Zusammenhang habe ich deutlich gemacht, dass ohne eine politische Lösung ein dauerhafter Friede nicht möglich ist. Gerade auch angesichts des erheblichen finanziellen Engagements Deutschlands und Europas könnte die Initiierung einer Friedenskonferenz Grundlage einer Zukunftsordnung für Syrien und die Region sein.

Donaueschingen feiert 25 Jahre Große Kreisstadt



25 Jahre „stolze Große Kreisstadt“ – zu diesem Jubiläum gratulierte ich den Bürgern und Verantwortlichen am beim Festakt in den Donauhallen am 29. Juni. Als ehemaliger Oberbürgermeister Donaueschingen konnte ich von 2004 bis 2013 die positive Entwicklung der Kommune mitgestalten. In meinem Grußwort betonte ich, dass die Bürger nach dem Verlust des Kreisitzes nicht in Depression verfallen waren, sondern unter dem neuen Bürgermeister Bernhard Everke eine Aufbruchstimmung verbreiteten: Donaueschingen wurde zu einem starken Mittelzentrum für die regionale Wirtschaft mit über 10 000 Arbeitsplätzen bei

weniger als 22000 Einwohnern. Für mich ist Donaueschingen ein Paradebeispiel im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung, die viel Spielraum bietet, den man nur ausnutzen muss.

Sehr gute Haushaltslage



Deutschland steht sehr gut da, betonte ich in der Sitzung des CDU-Stadtverbands Vöhrenbach und belegte dies anhand einiger Kennzahlen zu Haushalt und Investitionen des Bundes. Die sprudelnden Steuereinnahmen machen neben dem Schuldenabbau derzeit einiges möglich, unter anderem das Baukindergeld, um die Eigenheimquote im Land zu erhöhen, oder den Glasfaserausbau schneller voranzutreiben.

Nächste Bürgersprechstunde am 10. Juli 2018



Meine nächste **Bürgersprechstunde** findet am 10. Juli 2018 ab 15.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Um Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich um vorherige telefonische Anmeldung unter 07721 / 99 535 44.

Anschließend findet ab 17.30 Uhr eine weitere **Online-Sprechstunde bei Facebook** statt. Ich freue mich auf Sie.



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei